

# Die Sanitätswarte

Organ zur Vertretung

der Interessen des gesamten Personals in Kranken- und Irren-Anstalten, Sanatorien, Heil-, Pflege- und Bade-Anstalten, Massage- und Wasserheil-Instituten, Kliniken, Seebädern u.

Beilage zu „Die Gewerkschaft“.

Redaktion und Expedition: Berlin W. 30,  
Winterfeldstr. 24. — Fernsprecher: Amt 9, 6488.  
Redakteur: Heinrich Bürger.

Berlin,  
den 28. September 1906.

Erscheint alle 14 Tage, Freitags.  
Bezugspreis inkl. „Die Gewerkschaft“ viertel-  
jährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2.— M.  
Postzeitungs-Liste Nr. 3184.

**Kollegen, Kolleginnen, agitiert für Euren Verband!**

## Inhalt:

Jur Einführung. — Zur Frage der Pflegeerbildung. — Mißstände in der königlichen Charité. — Aus der Bewegung. — Rundschau.

### Zur Einführung.

Die Organisation des Kranken-, Irren- und Baderpersonals ist eine der jüngsten Erscheinungen in der modernen Arbeiterbewegung. Wohl haben sich „christliche“, „unabhängige“ und sonstige Organisationsformen bemüht, zumeist auf lokaler Basis, allerhand Vereine zustande zu bringen, und es ist ihnen auch bis auf den heutigen Tag gelungen, sich in diesem oder jenem größeren Ort, in dieser oder jener Anstalt mit einem kleinen Kreis von Interessenten zu behaupten.

Irgend welchen Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen aber haben diese Zirkel nie besessen, vielfach oder meistens auch nicht einmal bezweckt. In einem Verein war vielleicht die „Hebung des Standesbewußtseins“, in anderen die „Geselligkeit“ als Zweck und Aufgabe hingestellt.

Allen diesen Vereinen steht unser Verband grundsätzlich und prinzipiell gegenüber. Wir haben nur die eine Hauptaufgabe: Hebung der wirtschaftlichen Lage unserer Kolleginnen und Kollegen. Hier haben wir den Hebel angefaßt und hierin beruht in erster Linie unser Einfluß, unsere Stärke.

Deshalb sind wir auch den Verwaltungen und Privatbesitzern von Anstalten weniger angenehm, wie die „beliebten Standesvereine“.

Die letzteren lullen die Kollegen und Kolleginnen ein, sorgen für „Amüsement“ und tun so gut wie nichts, die so dringend notwendige Aufklärung des Anstaltspersonals zu betreiben. Unser Verband hat für die Organisation und Aufklärung des Anstaltspersonals große Opfer gebracht, und wir können ruhig hinzufügen, daß der Erfolg einstweilen in keinem Verhältnis hierzu steht. Das darf uns aber nicht abhalten, den zurzeit noch etwas steinigten Boden immer wieder von neuem zu beackern; die Resultate werden sicher nicht ausbleiben.

Die Gründe unserer teilweisen Mißerfolge sind wohl allen Kollegen und Kolleginnen, welche länger in der Bewegung stehen, klar. Zunächst die ungeheure Fluktuation, wie sie in der „Sanitätswarte“ schon oftmals ziffernmäßig für die meisten Anstalten nachgewiesen ist.

Wie kann nun dieser Fluktuation begegnet werden? Soll die Organisation bestimmen, Ihr müht auch bei der jetzigen erbärmlichen Bezahlung und Behandlung am Platze bleiben? Das kann sie nicht! Vielmehr muß sich die Organisation, und das ist die Zusammenfassung aller Organisierten, zur Aufgabe

stellen, Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen, die jedem das Bleiben ermöglichen und eine einigermaßen auskömmliche Existenz gewährleisten.

Diese Aufgabe hinwiederum kann nur erfüllt werden bei weitgehendster Beteiligung aller in Frage kommenden Personen an der Organisation. Es muß also jedem Kollegen, jeder Kollegin zur moralischen Pflicht gemacht werden, sich unserer Organisation anzuschließen. Ohne die Mitbeteiligung aller können wir immer nur Stückwerk leisten!

Darum darf niemand sagen, er könne der Organisation nicht nützen, oder für ihn komme die Organisation nicht in Betracht. Wohl können wir menschlich verstehen, wenn Kollegen wie Kolleginnen alsbald den Staub von den Pantoffeln schütteln und von dannen ziehen, vielleicht sich auch später mit Grauen dieser „träübten Zeit ihres Lebens“ (wie uns schon von einzelnen versichert wurde) erinnern. Wir fordern aber trotz alledem von allen Kolleginnen und Kollegen, daß sie sich während der Zeit ihrer Tätigkeit in den Anstalten unserer Organisation anschließen.

Das also ist des Pudels Kern! Denn es wird nimmer besser werden, wenn sich einer auf „die andern“ verläßt, sondern jeder und jede muß opferbereit sein und so zu seinem Teil beitragen, daß die ersehnten Ziele näher rücken.

Die Rechnung ist doch sehr einfach. Solange die Kollegen und Kolleginnen sich auf den Standpunkt stellen, ihre Beschäftigung sei vorübergehender Natur, darum bräuchten sie sich nicht zu organisieren, solange werden die Anstaltsleitungen gewonnenes Spiel haben. Chikanierungen, mangelhafte Speisen, niedrige Löhne, lange Arbeitszeit, beschränkter Urlaub bleiben in alter Blüte und anstatt mit Lust und Liebe wird mit Unwillen die Arbeit verrichtet.

Damit ist aber niemandem geholfen, nicht einmal den Anstaltsleitungen! Auch diese haben ein lebhaftes Interesse an der vollen Arbeitsfreudigkeit ihres Personals, oder sollten es doch wenigstens haben.

Witkin bleibt keine andere Schlussfolgerung: wir dürfen nicht so sehr an die erhoffte oder erträumte Zukunft denken, um uns über die bittere Gegenwart hinwegzutäuschen, sondern wir müssen unsere Zukunft aufbauen auf die Gegenwartsarbeit. Das heißt, wir müssen allesamt mit Hand anlegen und bessern helfen, wenn es anders werden soll. Früher hieß der Wahlspruch: „Laßt uns besser werden, damit es besser werde!“, heute aber heißt es und muß es heißen: „Laßt uns bessernd eingreifen, und es wird besser werden!“

Nun ist auch durch die Maßregelungen der letzten Monate insonderheit die Berliner Bewegung in ihrer Weiter-

entwicklung wesentlich gehemmt worden. Das ist eigentlich kein gutes Zeichen für eine tief gehende Solidarität unter den Kollegen und Kolleginnen! Würde der „rechte Geist“ in den Anstalten sein, so wären diese Maßregelungen gerade der Anlaß gewesen, mit erhöhter Spannkraft für die Organisation einzutreten und solche Vorkommnisse für die Zukunft unmöglich zu machen. Wir haben es oftmals in andern städtischen Betrieben erlebt, daß bei Entlassungen der sogenannten „Nabelsührer“ verdoppelter Eifer bei den Kollegen Platz griff und die Parole lautete: „Nun gerade nicht verzagen!“ Wenn irgendwo das Wort zutrifft: „Die Arbeiter haben nichts zu verlieren, wie ihre Ketten!“ so bei dem gesamten Anstaltspersonal, und darum sollte endlich einmal mit der Ineffizienten Angst gebrochen werden. Wir hätten so manchen in unseren Reihen, wenn er nicht besürchtete, durch seine Zugehörigkeit zur Organisation sich „nach oben“ unbeliebt zu machen! Mit solchen Truppen können wir aber keine Schlachten schlagen, mit solchen Angstmeyern können wir keine Organisation aufbauen. Darum ist die erste Vorbedingung zur Verstärkung und Vertiefung unserer Bewegung: Fort mit aller Angstlosigkeit! Jeder muß sich seines Rechts bewußt werden. Das Koalitions- oder Vereinigungsrecht ist jedem Kollegen gesetzlich gewährleistet; warum will er die ohnehin spärlichen Rechte sich auch noch verkümmern lassen?

Die Stadtverwaltungen haben gleichfalls und in Konsequenz der gesetzlichen Bestimmungen gegen die Organisierung des Anstaltspersonals nichts einzusetzen. Es ist vielmehr besonders auch von der Berliner Stadtverwaltung die Berechtigung unserer Organisation ausdrücklich anerkannt worden.

Wenn einzelne Anstaltsleitungen die Tätigkeit unserer Organisation weniger gern sehen, so darf uns das nicht hindern, unserer Pflicht gemäß die Mißstände zu rügen und für Abhilfe einzutreten. Wir führen aber bekanntlich nicht einen Kampf gegen Personen, sondern gegen das jetzt bestehende System, wie es von uns weiter oben charakterisiert worden ist. Ob in der Agitation hier und da einmal darin gefehlt worden ist, mag dahin gestellt sein, jedenfalls ist unser Prinzip, die Verhältnisse zu verbessern und nicht Personen zu bekämpfen.

In einem besonderen Artikel soll über die Methode unserer Organisation und Agitation noch ausführlicher gesprochen werden. Für heute möchten wir allen Kolleginnen und Kollegen frohen Mut und Kampfesfreudigkeit wünschen; mögen unsere gemeinschaftlichen Anstrengungen zum Gedeihen der Organisation beitragen.

E. D.

## Zur Frage der Pflegerbildung.

(Schluß.)

Auch der Pfleger ist ja aus dem Volke hervorgegangen, und gerade in ihm wird, wie wir bereits gehört haben, mehr noch als in manchem anderen der Wunsch und das Bedürfnis rege, einiges für seine Fortbildung zu tun. Doch welche Hindernisse stellen sich ihm da entgegen? Der Dienst gestattet nicht die Entfernung aus dem Anstaltsbereich, außer gelegentlich der veridischen Ausgänge, die er ja wieder man denke nur an Verheiratete! der Familie oder der körperlichen Erholung widmen muß; an einen regelmäßigeren oder auch nur häuften Besuch vollständiger Kurse oder vollständiger Vorträge überhaupt ist selbst in der Großstadt nicht zu denken. Und doch, wie sehr täten gerade dem Pfleger aus den oben ausgeführten Gründen gewisse Elemente allgemeiner Bildung not, wie schmerzlich werden diese gerade von unseren besten Pflegerelementen vermisst, wie sehr würden auch diese eine Gelegenheit begrüßen, sich in unangenehmer Weise fortzubilden und dergestalt in ihrem Standesbewußtsein gefestigt zu werden.

Vorschläge, eine derartige Möglichkeit für das Pflegerpersonal zu eröffnen, sind schon mehrfach gemacht und auch in die Tat überführt worden. Gerade jüngst hat wieder Fuhrmann („Hygiat.-Neurolog. Wochenschrift“, 1905 Nr. 34) über seine diesbezüglichen Versuche und Ergebnisse berichtet; sie scheinen keine schlechten zu sein. Und es wäre vielleicht an der Zeit, dem Gedanken überhaupt nahe zu treten, ob es denn nicht ratsam wäre, Kurse solcher Art auch in anderen Ländern einzuführen. Es ist einleuchtend, daß damit den Ärzten, denen ja vor allem die Fortbildung ihrer Untergebenen anheimfiele, eine neue Aufgabe aufgebürdet würde. Immerhin aber dürfte uns Ärzten diese neue Last mit der Zeit erträglich werden, zumal sich die Mühe doch auch reichlich lohnen würde. Auch wir lernen ja schließlich manches, indem wir lehren. Und die eine Stunde, die der einzelne vorausgesetzt, daß sich, wie ja nicht anders möglich, zu mindest die Assistenten und eventuell auch die älteren Sekundärärzte mit den Abteilungs-

ständen in den Unterricht teilen wöchentlich diesem Zwecke vielleicht opfern müßte, wäre reichlich heimgezahlt durch den Dank, den ihm die Untergebenen für seine ihnen zugute kommende Mühewaltung zollen würden.

Zweiterlei freilich würde sich empfehlen. Erstens wäre es ratsam, sich die älteren und intelligenteren Pfleger zu den Kursen dieser Art heranzuziehen, schon um der Homogenität des Vortrages willen. Zweitens man verschiedene Dienstalterklassen und Intelligenzstufen in dieselbe Schablone, so ist das stets eine mißliche Sache; was der eine kaum verbaut, langweilt den anderen, weil es ihm zu selbstverständlich ist. Es müßte also den Abteilungsärzten eine gewisse Auswahl unter den sich Meldenden gestattet und etwa 3-jährige Dienstzeit bei entsprechend bewährter Tüchtigkeit und Intelligenz sowie „sehr gut“ abgelegte Pflegerprüfung zur *conditio sine qua non* (d. h. zur unbedingten Voraussetzung) für die Zulassung gemacht werden. Es würde sich zweitens empfehlen, diesen gleichsam höheren Fortbildungskursen obligatorischen Charakter nicht zu verleihen, auch nicht etwa einen Prüfungszwang zu statuieren. Die wirklich intelligenten und strebsamen Elemente kämen ohne Zwang, im Gegenteil, sie kämen mit Freude, und auf die anderen leistet man besser Verzicht. Statt der schulmäßigen Prüfungen aber — der ja doch nicht durchgehends ein verwertbares und einwandfreies Resultat ergeben (siehe man freie Colloquien!) — ein, die der Kursteilnehmer, wieder nach freier Wahl, ähnlich wie bei vielen vollständigen Kursen, vor dem betreffenden Arzte, der das Kapitel vortrug, ablegt. Es läßt da die bei offiziellen Prüfungen mit ihrem großen Apparat so sehr störende Nervosität und Befangenheit der Prüflinge hinweg, und gerade bei einer „Intelligenzprüfung“ ist ja ein subjektives Individualisieren vonnöten, das dem mit der Art seiner Schüler vertrauten Lehrer näher liegt als einem fremden Prüfungsbeisitzer. Statuiert man einen Zwang oder eine öffentliche Prüfung in irgend einer Form, so verdirbt man den Leuten nicht nur die Freude an dem Gange, sondern züchtet künstlich Prüfungsneurosen, die ja doch bei Zertifikatsprüfungen nichts taugen. Und dann bleiben die Fortbildungskurse ganz weg, denn sie bedeuteten ja dann nur eine Mehrbelastung unseres Pflegerpersonals, die gewiß niemand wünscht. Je freier und zwangloser, je mehr den vollständigen Universitätskursen konform, desto besser.

Es würde sich ferner vielleicht empfehlen, auch den Lehrenden den breitesten Spielraum einzuräumen und keine spezialisierteren Detailvorschriften zu statuieren. Es führen ja viele Wege nach Rom. Dem einen liegt ein Thema näher, dem anderen ein anderes, jeder gibt darin sein Bestes, und auf jede Art kann man Allgemeinbildung vermitteln. Zwingt man einen der Kurslehrer, etwa über Literatur nach einem genau vorgeschriebenen Schema vorzutragen, ohne Rücksicht, ob ihm diese Methode des Lehrens liegt oder nicht, so wird man trotz genauerer Vorschriften gute Resultate kaum erreichen. (Stattet man aber jedem innerhalb eines in allgemeinsten Grenzen festgelegten Programmes in seiner Weise zu dozieren, was und wie es ihm am meisten liegt — wieder ganz nach akademischem Muster — so wird man ohne allen Zwang erreichen, daß jeder kredia sein Bestes gibt; zumal, wenn man auch bei eventuellen Colloquien\*) der „Soglinge“ nicht nach einem irgendwie festgelegten Schema urteilt, was bei den sachlichen Pflegerprüfungen sichtlich erforderlich, hier aber gewiß keinen besonderen Zweck hätte.

So sehr nun in der Art des Vortragens und des eventuellen Examinierens die Freiheit des Lehrens und Lernens die beste Maxime wäre, so sehr wäre es natürlich, wie schon oben angedeutet, notwendig, ein in allgemeinem Umrisse gehaltenes Programm zu entwerfen. Vielleicht wäre es am empfehlenswertesten, wenn statuiert würde, daß im Laufe eines Halbjahres oder Jahres (je nach der Tüchtigkeit in der Stundenzahl) bei genügender Teilnahme) unbedingt gewisse Kurse obligatorisch stattzufinden hätten. Solche obligatorischen Kurse würden am besten betreffen: Elemente der deutschen Sprachlehre und Literatur (mit vorzüglicher Berücksichtigung der heimatischen); Elemente der Geographie und Geschichte; Elemente der Naturgeschichte und Naturlehre; Elemente der Mathematik; Elemente der menschlichen Anatomie und Physiologie sowie der Hygiene. Daneben könnte es aber ganz auf dem freien Ermessen der einzelnen Anstalten (man denke nur an lokale Besondereheiten und Bedürfnisse) überlassen bleiben, anderweitige Kurse lesen zu lassen, soweit Lehrkräfte hierzu unter den Ärzten vorhanden sind (z. B. über Elemente des Französischen oder über Stenographie). Wenn man bedenkt, daß in größeren Anstalten auch unter den Verwaltungsbearbeitern geeignete Kräfte sich finden, wäre es gewiß nicht von der Hand zu weisen, auch diese zum Unterricht in gewissen Realzweigen heranzuziehen.

Der Aufwand für die erforderlichen Lehrmittel brauchte wohl nicht allzu groß zu sein. An anatomischen Präparaten dürfte es kaum irgendwo fehlen, soweit sie zum Unterricht benötigt werden; auch einfachere physiologische Experimentaldemonstrationen sind wohl im ärztlichen Laboratorium ohne weiteres auszuführen. Besuche von Museen und Sammlungen unter Führung des jeweiligen Lehrers — eventuell nach Vereinbarung mit den zuständigen Leitern — sowie einfache, gute Wandkarten und Unterrichtstafeln würden gleichfalls kostspielige Lehrmittel sparen. Allenfalls würde die Durchführung gewisser physikalisch-chemischer Grundverimente die Dotierung der in größeren Anstalten ohnehin vorhandenen chemischen Laboratorien mit einigen solchen Schulapparaten erfordern; wahrlich eine verhältnismäßig geringe Ausgabe.

Die hier gemachten Vorschläge mögen nicht neu sein; sie mögen sich vielleicht in dieser Form und in diesem Umfange nicht überall

durchführen lassen. Ich glaube gleichwohl, sie endlich veröffentlichen zu sollen, mit Rücksicht auf die schönen Resultate Fuhrmanns und weil ich der Ansicht bin, daß wir so den guten Elementen im Pflegepersonal im Rahmen der Anstalt die Möglichkeit einer allgemeinen Fortbildung geben, die sie sich außerhalb der Anstalt nicht aneignen können und die sie doch schmerzlich vermissen; ist ihnen doch der verschiedenen oben erwähnten Umstände halber das Fehlen der Elemente höherer Bildung in vielen Lebenslagen recht peinlich und ihrer vollen sozialen Anerkennung vielfach hinderlich. Währt man, so wie es hier vorgeschlagen, diesen Fortbildungskursen den Charakter absoluter Freiheit und Zwanglosigkeit und benimmt man so von vornherein dem älteren Pflegepersonal die Befürchtung, daß ihm da am Ende eine neue „Prüfung“ bevorstehe, so wird dieses die gebotene Gelegenheit, sich fortzubilden, mit Freuden ergreifen und vertraulich sogar einen Stolz darin legen, eine Art freien, in ganz seltlicher früherer Form nach akademischem Muster abgelegten Colloquiums\*), eine Art Intelligenzprüfung vor dem Lehrer ablegen zu dürfen; so wie in England und anderwärts der seltliche Mann aus dem Volke seine Freude hat in dem Bewußtsein, eine Reihe vollständiger Universitätskurse frequentiert und sich über die Frauengruppe und ihre Früchte durch ein Zeugnis ausweisen zu können. Und sicherlich würden jene Elemente der Pflegekraft, deren Lage zu verbessern eine der vornehmlichsten Bestrebungen der zuständigen Behörden und der Ärzte ist, durch eine ähnliche Institution nicht nur noch enger mit der ihnen nun auch zur geistigen Bildungstätte und Heimat gewordenen Anstalt geknüpft, sondern auch in ihrem Standesbewußtsein mächtig gestärkt und zu jener sozialen Stufe emporgeführt, welche sie als Gehilfen eines Standes, wie es der ärztliche ist, einnehmen sollen.

\*) D. h. Gespräche, also Frage und Antwort.

**Mißstände in der Königl. Charité.**

Überlastet — und dafür bestraft! „Ein schwerer Unglücksfall in der königlichen Charité beschäftigte gestern die vierte Zeriensstrafkammer des Landgerichts I. Wegen fahrlässiger Tötung war die Krankenwärterin Emma Henschel angeklagt. — Die Angeklagte ist seit etwa zwei Jahren in der königlichen Charité als Krankenwärterin angestellt und hatte hieher ihre schwere und anwiderliche Tätigkeit in der Kinderabteilung zur allseitigen Zufriedenheit versehen. Am 1. Mai d. J. ereignete sich jedoch durch eine Fahrlässigkeit der Angeklagten ein höchst bedauerlicher Unfall, dem die 14jährige Patientin Ilse Bornmann zum Opfer fiel. Wie die Angeklagte behauptet, habe sie an dem genannten Tage zwei Verrichtungen zu gleicher Zeit vorzunehmen gehabt, wodurch der Unfall entstanden sei. Es wäre nämlich Scherenschnitt gewesen und hierbei habe sie viel zu tun gehabt. Zu gleicher Zeit habe sie aber auch Badedienst gehabt und die Patienten baden müssen. Am Nachmittag verabreichte die Angeklagte der kleinen B., die an einer Wiedererkrankung litt, die dem Kinde vorgeschriebenen Bäder. Sie legte das Mädchen in eine große Badewanne und entfernte sich, um in der Küche Kaffee zu trinken. Nach einiger Zeit sah sie nach dem Kinde und fand es wohl und munter in der Wanne sitzen. Sie wendete sich deshalb ihrer weiteren Arbeit zu, bis sie durch andere Wärterinnen aufmerksam gemacht wurde, daß die kleine B. toben geschrien habe. Als sie nach der Badewanne eilte, kam ihr schon die Oberwärterin mit dem bewußtlosen Kinde auf dem Arme entgegen. Das arme Kind war infolge seines Krankheitszustandes umgelunkelt und mit dem Kopf unter Wasser geraten. Durch das in die Lungen eingebrungene Wasser war eine Lungenentzündung herbeigeführt worden, die am nächsten Tage den Tod des armen Kindes zur Folge hatte, wie der als Sachverständiger geladene Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Strakmann vor Gericht bezeugte. — Staatsanwalt-Assessor Ludwig hält eine grobliche Fahrlässigkeit der Angeklagten in der Tatsache festgelegt, daß sie, entgegen der Anweisung, das Kind, wenn auch nur kurze Zeit, in der Badewanne unbeaufsichtigt gelassen hatte. Mit Rücksicht auf die schweren und höchst bedauerlichen Folgen erscheine eine Gefängnisstrafe von 2 Monaten als eine gerechte Sühne. Der Gerichtshof erkannte auf einen Monat Gefängnis.“

So berichtet der „Vorwärts“ vom 2. September. Jeder Kenner der Verhältnisse wird sich fragen: Wie ist ein solches Urteil nur möglich? Der Vertreter der Staatsanwaltschaft hielt eine grobe Fahrlässigkeit der Angeklagten für vorliegend. Derartige Urteile sind geeignet, auch die indifferentesten Kollegen und Kolleginnen aus ihrem Schlafe aufzurütteln. Dafür, daß man mit Arbeit überlastet ist, wird man, wenn nun infolge dieser Überlastung ein derartiger bedauerlicher Unglücksfall eintritt, obendrein noch bestraft. Wer ist aber nun der eigentlich Schuldige? Hier tritt, wie fast überall in unserem vielgepriesenem Vaterlande, das System in den Vordergrund. Würde man dazu übergehen, in den Krankenhausverwaltungen und Inspektionen statt der Militärarwarter alte erfahrene Krankenwärter einzustellen, so würden derartige Fälle aus der Welt geschaffte sein. Besonders in der Königl. Charité tritt dieses System so kraß in Erscheinung. Der übliche Kasernenhofen gilt da mehr als alles andere. Für Verwaltung und Inspektionen ist alles erfüllt, wenn nur das Schema F erreicht ist. Viel Theorie und wenig Praxis ist in der Königl. Charité zu finden. Wenn wir uns nun fragen, wie ist ein

erfolgreicher Kampf gegen dieses System möglich und wir vergleichen die Organisationsverhältnisse in dieser Musteranstalt, so können wir nur rund heraus erklären, gerade in der Königl. Charité sind die Organisationsverhältnisse die denkbar traurigsten. Mit hündischer Furcht nehmen die Kollegen und Kolleginnen alles hin, nur darf man nicht mit dem furchtbaren und schrecklichen Wort „Organisation“ kommen. Haben die dort Beschäftigten solche angenehme Position, daß sie es nicht nötig haben, sich zu organisieren? Sind sie denn so auf Rollen gebettet, daß sie den lieben Herrgott einen guten Mann sein lassen können? Die Verhandlung hat ja, was den Dienst anbetrifft, genügend Material gebracht. Weil man mit Arbeiten überlastet ist, wird man bestraft.

Wie sind nun aber die sonstigen Verhältnisse, Bezahlung, Beförderung und Wohnung? Einfach unter aller Kanone. Die Bezahlung ist die miserabelste, die wir überhaupt in Berlin zu verzeichnen haben. Der Durchschnittslohn dürfte wohl über 25 Mk. für Pfleger (ohne Oberpfleger) nicht hinausgehen, und für Pflegerinnen wird der fürstliche Lohn von 18-20 Mk. gewährt. Seinerzeit wurde in der Küche ein Mädchen beschäftigt, die den horrenden Lohn von sage und schüttle den Kopf 12 Mk. erhielt. Viel besser ist es nicht mit den Hausdienern. Die Heizer bekommen einen Lohn von 24-30 Mk., wohngegen ihre Kollegen in den städtischen Anstalten einen solchen von 120 Mk. haben.

Ich sprach schon vorhin vom Kasernenhofen, und die Bepflegung ist dem angepaßt: Kasernenlutter im wahren Sinne des Wortes. Nur das Eine haben die Kollegen im Voraus, sie können sich zweimal in der Woche die Kartoffeln selbst wählen, wenn sie welche essen wollen. Und die Wohnung? Schlechter als beim Kommis. Dort braucht man wenigstens nicht unterm Dach zu hausen bei geschlagenen „Bodenluten“. „Sperlingelust“ und sonstige schöne Bezeichnungen haben unsere Kollegen in der Königl. Charité ihren idyllischen Schlafstellen beigelegt. Aus dem Obigen geht wohl zur Genüge hervor, wie dringend notwendig eine Aenderung in den bestehenden Verhältnissen ist. Wenn unsere Kollegen und Kolleginnen sich aber auf das Wohlwollen ihrer Vorgesetzten verlassen, so sind sie verlassen genug. Hier ist nur Selbsthilfe am Platze, und diese wieder nur möglich durch die Organisation. Nur wenn alle Angestellten der Charité sich unserer Organisation anschließen, wird es möglich sein, auch hier menschenwürdige Verhältnisse zu schaffen. Forum, Ihr Pfleger, Pflegerinnen, Hausdiener, Wäsche-, Haus- und Küchenpersonal, Heizer und Handwerker, besinnt Euch auf eure Versäumnisse und schließt Euch Eurer zuständigen Organisation, dem Verbands der Staats- und Gemeinde-Arbeiter an. Paul Strunk.

**Aus der Bewegung.**

**Berlin.** Eine gut besuchte Wander-Versammlung des Personals der Kranken- und Irrenhäuser fand am 9. d. Mis. bei Fingler in Niedersdorf statt. Das Referat hatte Genossin Frau Anna Reich übernommen. In klarer Weise führte die Referentin den Anwesenden die Notwendigkeit der Organisation vor Augen. Besonders legte sie es den anwesenden Frauen und Kolleginnen ans Herz, sich ebenfalls der gewaltigen Kulturbewegung der Arbeiterkraft anzuschließen und für sie einzutreten. Die Ausführungen fanden lebhaften Beifall. An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Jannak und Polenske. Ersterer behauptet, daß in letzter Zeit eine ziemlich ruhige Lage unter den Kolleginnen und Kollegen Platz gegriffen habe und fordert zu reger Mitarbeit auf. Mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung schloß die Versammlung.

**Berlin XIII (Bade-Anstalten).** Sektions-Versammlung der Angestellten der städtischen Bade-Anstalten am 9. September in Boigt's Hinterhöfen, Ritterstr. 75. Um 11 1/2 Uhr hielt Kollege Brenzlom einen Vortrag über die „Entwicklungen der Gesellschaftsformen“. Nebenher führte allen Anwesenden den Weg vor Augen, wie wir uns aus geistiger und körperlicher Antriebskraft befreien können durch Organisation in der modernen Arbeiterbewegung. An Stelle des ausgedehnten Kollegen Paul Strunk wurde Kollege Reichner als Obmann der Vertrauensmänner gewählt. Die Versammlung wurde um 11 1/2 Uhr geschlossen.

**Friedrichshagen.** Auch hier wie in den übrigen Berliner Heilanstalten das alte Lied. Die Behandlung läßt zu wünschen übrig und die Kost ist unter aller Kanone. Seit Jahr und Tag bemühen sich die Angestellten, eine Besserung herbeizuführen, doch vergeblich. Betschlag fehlt es hierzu am guten Willen der maßgebenden Personen. Aber selbst, wo dieser vorhanden, können die einzelnen Personen gegen das System nicht anfangen. Zum soundsovielten Male haben wir schon betont, daß wir bei unseren Kritiken durchaus nicht auf den Weichmad des einzelnen Rücksicht genommen wissen wollen, weil dies in einer großen Anstalt unmöglich sein mag. Aber mit Recht können wir beanspruchen, daß alle zu verwendenden Zutaten in einem frischen, genießbaren Zustande sich befinden. Dagegen wird aber am meisten gekündigt. Nur das System ist lebensfähig, das heißt, daß der Leiter der Anstalt Am Friedrichshagen trotz aller Mühe seinerseits nicht imstande war, die Kost in nennenswerter Weise zu bessern. Ganz kürzlich erst erhielten die Angestellten wieder Verträge, die sie nicht zu sich nehmen konnten, wie in der letzten Versammlung zum Ausdruck kam. Wie kommt es nun, daß solche Speisen in der Küche verabfolgt werden? Wenn das Personal schon auf der ganzen Station recht, wie die Speisen mitunter beschaffen sind, so muß die Ober-

Schön doch erst recht wissen, was sie ausgibt. Wehlich verhält es sich mit dem Oekonomie-Inspektor. Welchen Grund haben diese Herrschaften, verdorbene Materialien nicht anzuhalten? Schon längst hätte dies von Seiten der Stadtverwaltung untersucht werden müssen. Das geschieht jedoch nicht. Hier kann eben nur die Selbsthilfe des Personals einsetzen. Fort mit dem Kost- und Logisweien beim Arbeitgeber! Dies muß die Lösung des Personals sein. Dann fallen die Klagen, wie sie in der Versammlung am 19. September wieder so zahlreich vorgebracht wurden, von selbst fort, und damit auch die künstlichen Lohnsteigerungen. Bis zu diesem Jahre waren nämlich die Wärter und Hausdiener steuerfrei. Jetzt hat sich das geändert, allem Anschein nach ist die Kost höher in Anschlag gebracht worden. Nun behauptet aber das Personal, die Kost sei gegen früher noch schlechter geworden. Das Personal sollte sich aber gesagt sein lassen, daß alles Klagen nichts nützt. Hier gilt es zu handeln, sich zusammenzuschließen. Die Passivität muß aufhören. Es ist eine schlechte Entscheidung, wenn gesagt wird, ich verlasse bald die Anstalt und habe deshalb nicht nötig, mich zu organisieren. In anderen Anstalten sind die Verhältnisse auch keine rosigen. Überall sind die Verhältnisse besserungsbedürftig. Wandel schaffen kann aber nur eine starke Organisation.

**Städtisches Cddach.** Die letzte Versammlung beschäftigte sich hauptsächlich mit der Lage des Personals. Allgemein wurde betont, daß die Verhältnisse geändert werden müßten. Die Fluktuation ist so stark, daß Angestellte nach 4 wöchentlicher Tätigkeit bereits zu den alten Leuten gerechnet werden. Da dieser Wechsel aber auf die schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen zurückzuführen ist, so wurde beschlossen, eine Eingabe um Lohnaufbesserung an das Kuratorium zu richten. Welche Unkenntnis bei den meisten Mitgliedern des Kuratoriums über die tatsächlichen Verhältnisse in der Anstalt herrschen muß, zeigen die Bestimmungen des Arbeiter-Ausschusses, den man dem Personal jetzt zugehend hat. Es sollen 6 aktive und 6 passive Mitglieder gewählt werden, die eine 3jährige Dienstzeit in der Anstalt aufweisen können. Dies liegt sich wie ein Aprilscherz, wenn man bedenkt, daß 12 Personen mit einer 3jährigen Beschäftigungsdauer im Cddach nicht vorhanden sind!

**Wahlgarten.** Am 17. September referierte Kollege Heinze über: „Die Gewerkschaftsbewegung und die Frauen“. Durch die industrielle Entwicklung werden immer mehr Frauen gezwungen, in den Fabriken für ihren Unterhalt zu sorgen. Der Kapitalist ist nur zu gern geneigt, Frauen zu beschäftigen, weil dieselben ein viel billigeres und willigeres Ausbeutungsobjekt sind. Als die Männer anfangen, ihre Rechte durch die Organisation zu wahren, dachten die Frauen noch gar nicht daran, eigene Organisationen zu gründen. Erst durch die fortschreitende Verschlechterung der Löhne für männliche Arbeiter und durch die ungeheure Verteuerung der Lebensmittel regte sich bei den Frauen der Organisationsgedanke. Teilweise sind auch insofern Erfolge erzielt worden, als die Arbeitszeit, die für die Frauen sonst länger war, wie für die Männer, bedeutend verkürzt wurde. Auch die Löhne sind in Betrieben, in denen für Frauen eine Organisation bestand, bedeutend erhöht worden. Bedner ging dann näher auf die Verhältnisse in unserem Berufe ein. Trotzdem die Pflegerinnen dieselbe Dienstzeit haben, dieselbe Arbeit verrichten müssen, werden sie doch schlechter bezahlt, wie die Pfleger. Das liegt größtenteils an der bis vor kurzem noch mangelnden Organisation der Pflegerinnen. Die Anwesenden müßten aber auch für die Verbreitung der Arbeiterpresse sorgen, sie müssen in den indifferenten Kolleginnen die Ideale für die Zukunft wecken, damit die heutigen Zustände sobald wie möglich gebessert werden. — In der Diskussion trat die Kollegin Gersdorf mit kräftigen Worten für die Rechte der Frauen ein. Diese unwürdigen Zustände müssen endlich aufhören. Warum gibt man den Frauen nicht denselben Lohn, nicht dieselben Rechte? Weil sie es sich bis jetzt haben gefallen lassen! Die Frauen müssen mit den Männern in der Organisation gleichen Schritt halten, wenn möglich noch überflügeln. Viele Kolleginnen lesen heute schon die „Gleichheit“; das müßten alle tun. Nur durch die Arbeiterpresse können die Kolleginnen aufgeklärt werden. Wenn die Kolleginnen sich alle ihrer Pflichten bewußt sind, wenn sie alle nach dem gemeinsamen Ziel streben, wird man nicht mehr wagen, den Frauen ihre Rechte vorzuenthalten. Vom Vorsitzenden wurden die anwesenden Frauen noch aufgefordert, auch für ihre politischen Rechte einzutreten. Die Kolleginnen müssen sich den Frauvereinen anschließen, damit sie auch auf diesem Gebiete zur Geltung kommen. Im nächsten Punkt sprach Kollege Gliese über: „Unsere Taktik“. Die neu-eintretenden Kolleginnen, die von der Organisation wenig oder gar keine Ahnung haben, müssen über die Ziele derselben aufgeklärt und zu tüchtigen Kämpfern herangebildet werden, damit, wenn irgend ein Querkopf wieder die Werbetrommel rührt, uns die Kolleginnen nicht wieder zum großen Teil davonlaufen. Dazu sei vor allen Dingen aber nötig, daß sich die Kollegen selbst über die Ziele der Organisation klar würden. Bedner schlägt vor, für die Vertrauensleute und Vertrauenssammler allmonatlich eine Sitzung abzuhalten, in welcher über Gewerkschaftsbestrebungen diskutiert werden soll. Desgleichen sollten sich die Kollegen und Kolleginnen in den Anstalten zusammenschließen und wenigstens alle Woche einmal über gewerkschaftliche Fragen sprechen. Die Kollegen können dadurch ihr Wissen bedeutend bereichern und es

wird ihnen dann auch eher möglich sein, Unorganisierte über die Ziele der Gewerkschaften aufzuklären. Unter „Anstaltsangelegenheiten“ führten die Kolleginnen heftige Klage über den Oberarzt Dr. F. Seit dieser Herr die Frauenabteilung hat, sei es ganz unmöglich, Nachurlaub zu bekommen. Es scheint gerade so, als wenn der Herr Oberarzt über die Sittlichkeit der Pflegerinnen wachen müßte. Einer Pflegerin, die da sagte, sie hätte doch während der Nacht keinen Dienst, und da könnte es doch gleich sein, ob sie in oder außer der Anstalt sich befindet, sagte der Herr Oberarzt: „Was denken Sie denn, Sie haben immer Dienst!“ Auch auf Haus I und III sind diverse Chikanierungen vorgekommen. Auf diese und ähnliche Weise würde den Kolleginnen der ohnehin schon schwere Dienst verleidet, und nachher wundert man sich, wenn sich das Personal auslehnt. Zum Schluß wurden die Versammelten aufgefordert, am Tage, wenn unsere Forderungen im roten Hause verhandelt würden, alleamt dorthin zu gehen, damit die Stadtverordneten sehen, daß wir mit unserer Lage nicht zufrieden sind.

### Rundschau.

Aus dem Charlottenburger Krankenhaus. In der „Welt a. R.“ war vor einigen Wochen eine schwere Anklage gegen die Verwaltung des Charlottenburger Krankenhauses erhoben worden. Der Charlottenburger Magistrat hat in einem Berichtungsschreiben die Angelegenheit anders dargestellt.

Dazu bemerkt die „Welt am Montag“ u. a.:

„Dadurch verliert das dem Zimmerer Bähler gegenüber beobachtete Verfahren durchaus nicht an unangenehmer Eigenart. Vor allem tritt derselbe sehr entschieden, daß der ganze Vorgang „höchstens zehn Minuten“ gedauert habe. Hat doch sein Begleiter mit der Trödel schon länger gewartet, bis B. ins Badegemmer kam. Auch hat wohl der Oberarzt die Aufnahme angeordnet. Aber erstens, ohne die Wunde erst zu besichtigen, und zweitens, ohne B. darüber zu hören, ob er überhaupt dauernd bleiben wolle. Handelte es sich doch für diesen nur um einen Verband um die heftig blutende Wunde. Nachdem B. nach seiner Meinung lange genug resultatlos gewartet hatte, verlangte er, nochmals den Oberarzt zu sprechen. Die Antwort war: Der ist nicht mehr da. Und auch das Verlangen nach einem anderen Arzte blieb ohne Erfolg. So verließ der Verletzte, nachdem ihm etwas neue Watte über seinen eigenen ersten Verband gebunden worden, entrüstet die Anstalt. Und zwar ohne eine Bekleidung am Fuß, da man seiner Bitte um eine solche nicht entsprach oder nicht entsprechen konnte.“

Wir hatten von vornherein zugegeben, daß die verantwortlichen Personen wohl nicht aus persönlicher Rücksichtslosigkeit, sondern zufolge bureaukratischer Schablonisierung der vorliegenden Einzelfälle die unangenehmen Umstände der Bählerschen Angelegenheit ermöglicht hätten. Wir sind auch heute noch davon überzeugt. Das ändert aber nichts an der Forderung: dafür zu sorgen, daß ähnliche Fälle sich in öffentlichen Heilanstalten nicht mehr wiederholen mögen.“

**Krankenpflegeschulen.** Eine sorgfältige Ausbildung der Krankenpfleger bezweckt ein Bescheid der Medizinabteilung des Kultusministeriums. Als Krankenpflegeschulen im Sinne der Vorschriften über die staatliche Prüfung von Krankenpflegerinnen sollen nur noch solche Anstalten anerkannt werden, in denen eine einheitliche ärztliche Leitung nicht nur für die Behandlung der Kranken und den Krankenhausbetrieb, sondern auch für den theoretischen und praktischen Unterricht in der Krankenpflege vorhanden ist. Dieser Unterricht hat wenigstens dem amtlichen Plane für die Ausbildung in der Krankenpflege zu entsprechen. Nur Personen, die in solchen Anstalten ihre Ausbildung erhalten haben, sollen durch die Prüfung staatlich anerkannt werden. Der Bescheid ist jetzt dem Polizeipräsidenten von Berlin, dem Landesdirektor in Krollen und sämtlichen Regierungspräsidenten zur Nachachtung mitgeteilt worden.

**Ausbildung von Helferrinnen in der Krankenpflege** auf dem Lande. Der vom Landesverein für innere Mission veranstaltete Kursus zur Ausbildung von Helferrinnen in der Krankenpflege auf dem Lande hat am 3. September in Dresden begonnen, ein anderer Kursus wird am 1. Oktober in Leipzig anfangen. Zur Eröffnung der ländlichen Krankenpflege hat der Landesverein ein Musterstatut entworfen, das bei verschiedenen Gemeinden, welche Pflegerinnen angestellt haben, bereits eingeführt ist. Darin wird es als die Aufgabe der Pflegerin bezeichnet, „innerhalb der § 1 bezeichneten Orte allen Personen, ohne Unterschied des Alters, Standes oder Geschlechts, der Konfession oder der Heimatzugehörigkeit, welche wegen Krankheit besonderer Pflege oder einzelner Hilfeleistungen seitens einer Pflegerin bedürfen, die erforderliche Hilfe angedeihen zu lassen“. Weiterhin heißt es in § 4 des Statuts: „Die Pflegerin hat nicht nur selbst alle hygienischen Vorschriften streng zu beobachten, sondern soll es auch als ihre Aufgabe ansehen, in den Häusern Kenntnis der notwendigsten derartigen Vorschriften und Verständnis für sie zu verbreiten.“ Die §§ 5 und 12 unterstellen die Pflegerin hinsichtlich ihrer Tätigkeit ausdrücklich der Anordnung und Anleitung des Arztes, der auch das Recht der Revision ihres Inventars hat. — Bis jetzt sind 22 Pflegerinnen ausgebildet. Zu dem dritten Kursus sind 15 Bewerberinnen angenommen, von denen acht seit 3. September im Diakonissenhause in Dresden und sieben vom 1. Oktober an im Diakonissenhause zu Leipzig ausgebildet werden.